

RESOLUTION

Bern, 6. Mai 2022

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN, TIEFERE PRÄMIEN: ENDLICH EIN GESUNDHEITSWESEN FÜR ALLE SCHAFFEN!

Die Coronakrise hat uns den unschätzbaren Wert einer flächendeckenden, allen zugänglichen und qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung so deutlich aufgezeigt wie nie zuvor. Ebenso deutlich sichtbar wurden aber die vielen bestehenden Mängel. Mehr als zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie lassen die nötigen Verbesserungen weiter auf sich warten. Das muss sich nun schnellstens ändern. Sowohl für die PrämienzahlerInnen, als auch für das Personal.

Viel zu lange wurde das Schweizer Gesundheitswesen unablässig auf Wettbewerb getrimmt, obwohl Profit und Konkurrenz dort rein gar nichts verloren haben. "Damit es sich rentiert", müssen heute die Betriebe der Kranken- und Langzeitpflege und vor allem deren Personal immer am Anschlag laufen. Reservekapazitäten auf Intensivstationen oder ausgeruhte PflegerInnen: Beides wären Selbstverständlichkeiten, die sich mit dem aktuellen Abgeltungssystem aber selbstverständlich nicht ergeben. Dass sich dies ändern muss, wurde eigentlich bereits breit anerkannt: Erstens hat das wichtige Ja der Bevölkerung zur Pflegeinitiative einen klarer Verfassungsauftrag für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die ausreichende Finanzierung und Abgeltung der Pflege geschaffen. Und zweitens hat das Parlament im Covid-Gesetz klar festgehalten, dass die Kantone zur Abdeckung von Auslastungsspitzen Reservekapazitäten finanzieren müssen. Nur: Konkret geschehen ist bis anhin in beiden Fällen noch nichts.

Parallel zur Ausrichtung des Gesundheitswesens auf ein marktbasierendes Abgeltungssystem entwickelte sich auch dessen Finanzierungssystem beständig in eine völlig falsche Richtung: Nirgendwo in Europa wird die Krankenpflege heute so unsolidarisch finanziert wie in der Schweiz. Während die Grundversicherung fast überall zu etwa 80 Prozent über einkommensabhängig erhobene Mittel finanziert wird, geschieht dies in der Schweiz über unsoziale Kopfprämien. Und obendrauf müssen die Versicherten noch 22 Milliarden aus der eigenen Tasche bezahlen (Franchise, Selbstbehalt, Pflögetaxen, Zahnpflege, Medikamente usw.). Dieses System ist nicht nur höchst unsozial, sondern es ist auch einer optimalen öffentlichen Gesundheitsversorgung zunehmend abträglich: Aus Kostengründen verzichten heute immer mehr Leute auf nötige Behandlungen – mit anschliessend höheren Folgekosten und mehr menschlichem Leid.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass heute im Gesundheitswesen die Tür für die Profitgenerierung – auf Kosten einerseits des Personals und andererseits der Prämien- und SteuerzahlerInnen – viel zu weit offen steht und andererseits die flächendeckende, koordinierte und zu guten

Arbeitsbedingungen erbrachte Grundversorgung viel zu fest unter Spardruck leidet. Im Sinne eines starken Service public gilt es, diese Entwicklung endlich umzukehren. Folgende unmittelbar oder in absehbarer Zeit anstehende Weichenstellungen stehen dabei für die Gewerkschaften im Vordergrund:

- **Ja zur 10%-Initiative und zu dringenden Sofortmassnahmen:** Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen. So simpel, und selbstverständlich ist die Forderung der Prämientlastungsinitiative von SP und Gewerkschaften. Und so dringend! Denn bereits im Herbst droht wieder ein grosser Prämienanstieg. Das Parlament muss jetzt sofort einen substantziellen Gegenvorschlag mit massiven Erhöhungen der Prämienverbilligungen beschliessen – oder aber den Weg frei machen für eine baldige Abstimmung über unsere Initiative. In der Zwischenzeit braucht es wirksame Sofortmassnahmen: allen voran den substantziellen Abbau der riesigen überschüssigen Reserven.
- **Nein zur Privatisierung der Grundversorgung:** Die Gewerkschaften wehren sich vehement gegen das Lobbyprojekt "EFAS" (Einheitliche Finanzierung ambulant/stationär), welches vorsieht, dass die Kantone ihre milliardenschweren Zahlungen für Spitalleistungen jeweils direkt den Krankenkassen überweisen. Diese Teilprivatisierung und damit Entdemokratisierung des Gesundheitswesens kann vom SGB nicht akzeptiert werden. Anstatt die demokratische Steuerung zu schwächen, sollte diese vielmehr massiv gestärkt werden – am besten durch die längst fällige Einführung einer öffentlichen Krankenkasse.
- **Ja zur umgehenden und griffigen Umsetzung der Pflegeinitiative:** Die Bevölkerung hat die Pflegeinitiative mit grosser Mehrheit angenommen. Die Initiative muss nun zügig und stringent umgesetzt werden. Das bedingt eine flächendeckende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne, sowie eine Erhöhung der Personaldotation in den Spitälern und Heimen und bei der Spitex. Da dies zunächst etwas kostet, muss auch die öffentliche Finanzierungsbasis erweitert werden, ansonsten bleiben neue Gesetzesauflagen leere Paragraphen
- **Nein zur Erhöhung der Kostenbeteiligung:** Die rechte Parlamentsmehrheit will eine "Gebühr für Bagatellfälle für Spitalnotfallaufnahmen" einführen und damit die bereits horrend hohe Kostenbeteiligung der Versicherten weiter erhöhen. Das ist genauso wenig akzeptabel wie die immer wiederkehrenden Vorschläge für Kürzungen des Grundleistungskatalogs ("Krankenversicherung light für Sparwillige").
- **Ja zur Abschaffung der schwarzen Listen:** Viele Kantone setzen jene Versicherten, die ihre Prämien nicht mehr bezahlen können, noch immer auf sogenannte schwarze Listen und beschränken damit die ihnen zugänglichen Leistungen auf nicht näher definierte Notfallbehandlungen. Diese Listen haben viel Leid verursacht und tun dies weiterhin. Sie gehören endlich ersatzlos abgeschafft.
- **Nein zur Profitgenerierung in der Grundversicherung:** In der Grundversicherung gilt gesetzlich ein Gewinnverbot. Und trotzdem zockt die mächtige Pharmaindustrie die Versicherten mit horrenden Medikamentenpreisen gnadenlos ab. Und trotzdem machen GrossinvestorInnen von Privatspitalgruppen immer mehr Profit – erwiesenermassen auch zu Lasten der Grundversicherung. Solche und weitere Machenschaften müssen endlich wirksam gestoppt werden.